

**Geschäftsführung
Ausschuss für die
Gleichstellung von Frau und
Mann**

Es informiert Sie	Anke Vaupel
Telefon (0202)	563 5605
Fax (0202)	563 8491
E-Mail	anke.vaupel@stadt.wuppertal.de
Datum	25.07.12

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann (SI/3577/05) am 20.10.2005

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Gerta Siller ,

von der CDU-Fraktion

Herr Stv. Andreas Bergmann, Frau Stv. Dorothea Glauner, Frau Brita Krempel, Frau Stv. Gisela Schlüter, Frau Christel Simon,

von der SPD-Fraktion

Herr Stv. Dr. Ralf Heming, Frau Stv. Christina Siemon (vormals Konrad),

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Sylvia Meyer,

von der FDP-Fraktion

Frau Andrea Seipp,

berat. Mitglied § 58 I S. 7 GO NRW

Frau Ursula Albel,

als sachkundige Einwohner/in

Frau Sabine Böse, Frau Sigrid Dörpinghaus-Thiemann, Frau Christa-Maria Hein, Frau Marie-Theres Letterhaus-Schüller, Frau Andrea Wetzchewald,

als Vertreter/in des Oberbürgermeisters

Herr Stadtdirektor Dr. Slawig zu TOP 3,

Vertreter/innen der Verwaltung

Frau Roswitha Bocklage ,

Schriftführerin

Frau Anke Vaupel ,

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 **Verpflichtung neuer Mitglieder**

Die Mitglieder Frau Sabine Böse und Frau Marie-Theres Letterhaus-Schüller werden durch die Vorsitzende verpflichtet.

2 **Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift der letzte Sitzung wird genehmigt, allerdings bittet Frau Glauner um Nachreichung der überarbeiteten Standards der Jungenarbeit von Herrn Verst.

Nach Rücksprache sichert Herr Verst zu, im nächsten Ausschuss über die überarbeiteten Standards zu berichten und die entsprechende Vorlage nachzureichen.

Beschluss vom 20.10.2005:

Die Niederschrift wird mit der Ergänzung genehmigt.

Einstimmigkeit

3 **Durchführungsbeschluss zur Gründung eines Zweckverbandes der Bergischen Weiterbildung Remscheid-Solingen-Wuppertal - gleichlautende Beschlussvorlage für die Räte der Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal- Vorlage: VO/1192/05**

Herr Dr. Slawig führt aus, dass zur Zeit die Personalüberleitungsverträge zwischen Solingen und Wuppertal abgestimmt werden. Es ist davon auszugehen, dass es für Wuppertal und Solingen den gleichen Überleitungsvertrag geben wird. Remscheid wird einen eigenen Überleitungsvertrag erstellen.

Es besteht zwischen den drei Städten Einvernehmen bzgl. der Bestellung einer Gleichstellungsbeauftragten und der Möglichkeiten, Maßnahmen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ergreifen. Ebenfalls wurde die Einführung einer Gender Prüfung bei Veränderungen der Angebotsstruktur positiv aufgenommen. Die Zuständigkeiten und Regelungen hinsichtlich der Doppelspitze, die über die Ausführungen in der Satzung hinausgehen müssen, werden in der Geschäftsordnung ergänzt.

In der vorliegenden Stellungnahme des Generationenministeriums werden keine Aussagen zur Höhe der Finanzierung der Regionalstellen Frau und Beruf gemacht. Eine Aussage über das Jahr 2006 hinaus, kann das Land zur Zeit nicht machen. Alle Regionalstellen müssen jedoch – wie in den letzten Jahren auch – eigenständige Anträge für die Landesförderung stellen.

Frau Stv. Siller bedankt sich für die Ausführungen und die gute Kooperation mit der Politik bzgl. offener Fragen, die jederzeit beantwortet wurden. Sie äußert Bedenken hinsichtlich der geplanten Personaleinsparungen im pädagogischen Bereich, gerade auch vor dem Hintergrund, dass im Grundsatzbeschluss nur von Einsparungen im Verwaltungsbereich die Rede war. Hier sind Qualitätseinbußen im Programm zu befürchten. Durch die gleiche Stimmverteilung in der Verbandsversammlung hat Wuppertal – und hier vor allem auch die kleinen Fraktionen – keinen entsprechenden Einfluss auf die Prioritätensetzung hinsichtlich des Programms.

Des weiteren gibt sie zu Bedenken, dass die im Wirtschaftsplan aufgeführten internen Verrechnungen in den einzelnen Städten sehr unterschiedlich veranschlagt sind. An dieser Stelle wird deutlich, dass die Haushalte der drei Städte nicht miteinander vergleichbar sind. Außerdem geht aus dem

Wirtschaftsplan nicht hervor, auf welcher Grundlage die Berechnungen im Detail durchgeführt wurden. Es entsteht der Eindruck – auch durch die Gespräche mit den anderen Städten - dass Wuppertal unverhältnismäßig höhere Kosten für die Bergische VHS einbringen wird.

Ihre Fraktion kann dem Durchführungsbeschluss in dieser Form deshalb nicht zustimmen.

Frau Stv. Warneke macht ebenfalls deutlich, dass ihre Fraktion an realistischen Zahlen, die Auskunft über die eingebrachten Summen und die Anteile der einzelnen Städte hinsichtlich des Zuschusses geben, interessiert ist. Sie ist nach Durchsicht der Unterlagen ebenfalls der Ansicht, dass Wuppertal unverhältnismäßig hohe Kosten für den Zweckverband zu tragen hat. Zudem sind ihr die Einsparungen, die für Wuppertal erzielt werden können, nicht deutlich geworden. Sie ist der Ansicht, dass der Wirtschaftsplan noch einmal überarbeitet werden müsste.

Der SPD-Fraktion sind die Belange der Familienbildungsstätte, die sie durch den Zweckverband nicht ausreichend berücksichtigt sieht, wichtig. Darüber hinaus ist eine Einschränkung des Einflusses der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geplant, was von ihrer Seite ebenfalls kritisch gesehen wird.

Zudem hat sie die Information, dass der Personalrat der Gründung des Zweckverbandes nicht zustimmen wird.

Wie sich ihre Fraktion abschließend bei der Beschlussfassung verhalten wird, ist zur Zeit noch nicht abzusehen.

Frau Meyer unterstreicht die schwierige Situation der Familienbildungsstätten. Zudem hält sie die Antwort der Verwaltung auf die Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten für unzureichend.

Dr. Slawig erläutert, dass schnellstmöglich ein Erörterungsgespräch stattfindet, um die Position des Personalrates zu berücksichtigen. Eine Ablehnung des Personalrates ist ihm nicht bekannt, außerdem auch keine weiteren Stellungnahmen der Personalräte aus den anderen Städten. Zudem liegen von Seiten des Personalrates und der Verwaltung unterschiedliche Rechtsauffassungen bzgl. der Mitbestimmungs- oder Mitwirkungsrechte vor. Was bzgl. der Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten geklärt werden konnte, ist aus seiner Sicht geklärt.

Es besteht darüber hinaus ebenfalls eine unterschiedliche Rechtsauffassung mit dem Landschaftsverband Rheinland bzgl. der Anerkennung der Familienbildungsstätte als Träger der Jugendhilfe. Auch hier werden noch Gespräche geführt. Seiner Ansicht nach hat die Stellungnahme des Landschaftsverbandes jedoch keine Auswirkungen auf die inhaltliche Ausgestaltung des Programms.

Er macht deutlich, dass es grundsätzlich vorgesehen ist, Einsparungen bei der Volkshochschule zu erreichen. Die Gründung des Zweckverbandes soll dazu führen, dass durch Synergieeffekte diese Einsparungen keine größeren Auswirkungen auf die Programmstruktur hat.

Er stimmt Frau Stv. Siller insofern zu, als dass die vorgelegten Haushalte der drei Städte nicht vergleichbar sind, Vergleichsberechnungen können diese Unterschiedlichkeit auch nicht vollständig beheben. Die internen Verrechnungen, die nicht mehr vom Zweckverband gezahlt werden, müssen in den drei Städten auch zu Personaleinsparungen führen.

Seiner Ansicht nach sind die bisher entwickelten Veranlagungsregelungen ein finanzielles Entgegenkommen der Stadt Wuppertal für die ersten zwei Jahre. Danach müssen die Veranlagungsregeln noch einmal überprüft werden. Außer der Garantie der 150.000 Euro-Einsparung für jede Stadt gibt es dann keine Einspargarantie mehr mit der Festlegung der abschließenden Veranlagungsregelungen für 2008.

Beschluss vom 20.10.2005:

Weiterleitung ohne Beschluss.
Einstimmigkeit.

**3.1 Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten zur Gründung der
Bergischen Weiterbildung
Vorlage: VO/1192/05/1**

Beschluss vom 20.10.2005:

Weiterleitung ohne Beschluss.
Einstimmigkeit.

**3.2 Durchführungsbeschluss zur Gründung eines Zweckverbandes Bergische
Weiterbildung - Stellungnahme der Verwaltungen zum Schreiben der
Gleichstellungsbeauftragten vom 30.09.05
Vorlage: VO/1192/05/1-A**

Beschluss vom 20.10.2005:

Weiterleitung ohne Beschluss.
Einstimmigkeit.

**3.3 Durchführungsbeschluss zur Gründung eines Zweckverbandes der
Bergischen Weiterbildung Remscheid Solingen Wuppertal
Stellungnahme der Gleichstellungsstelle Solingen
Vorlage: VO/1192/05/1-B**

Beschluss vom 20.10.2005:

Weiterleitung ohne Beschluss.
Einstimmigkeit.

**3.4 Durchführungsbeschluss zur Gründung eines Zweckverbandes der
Bergischen Weiterbildung Remscheid Solingen Wuppertal
Stellungnahme des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und
Integration des Landes NRW
Vorlage: VO/1192/05/2**

Beschluss vom 20.10.2005:

Weiterleitung ohne Beschluss.
Einstimmigkeit

4 **Öffentlichkeitsarbeit des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann**
Anfrage der CDU-Fraktion vom 12. Juli 2005
Vorlage: VO/0908/05

4.1 **Antwort auf die Anfrage der CDU-Fraktion zur Öffentlichkeitsarbeit der Gleichstellungsstelle**
Vorlage: VO/0908/05/1-A
Frau Bocklage berichtet entsprechend der Vorlage.

Frau Bocklage macht darauf aufmerksam, dass die Zeitung zukünftig komplett in der Hausdruckerei gedruckt werden kann. Somit kann das eingesparte Geld zukünftig für Gender Mainstreaming ausgegeben werden.

In der anschließenden Diskussion wird einstimmig festgestellt, dass das neue Layout und die inhaltliche Ausrichtung positiv bewertet wird. Die Fraktionen sind erfreut über die geringen Kosten der Zeitung. Von Seiten der CDU-Fraktion äußert Kritik an der politische Ausrichtung einer Ausgabe der Frauenzeitung. Die CDU-Fraktion macht deutlich, dass die Zeitung mit dem Oberbürgermeister als Herausgeber unparteiisch sein muss. Frau Bocklage sichert die politische Neutralität der Zeitung zu.

Beschluss vom 20.10.2005:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
Einstimmigkeit.

5 **Gender Mainstream-Konzept**
Vorlage: VO/1215/05
Frau Bocklage berichtet gemäß der Vorlage.

In der anschließenden Diskussion wird darauf hingewiesen, wie wichtig die Implementierung von Gender Mainstreaming in den einzelnen Geschäftsbereichen ist.

Frau Seipp bittet darum, die Schweriner Leitsätze der Bundesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsstellen dem Protokoll beizufügen.

Beschluss vom 20.10.2005:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
Einstimmigkeit.

6 **Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenarbeit**
mündlicher Bericht
Frau Finke von der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenarbeit berichtet von den Qualifizierungs- und Beratungsangeboten für Mädchenarbeitskreise. Als Tischvorlage liegen Broschüren über dieses Thema aus.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenarbeit NRW ist von Bielefeld nach Wuppertal umgezogen und hofft auf eine gute Vernetzung mit den Wuppertaler Akteurinnen und Akteuren zur Mädchenarbeit.

Beschluss vom 20.10.2005:

Der mündliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.
Einstimmigkeit.

7

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Bocklage lädt am 06. November 2005 zur 20er Jahre Feier der Gleichstellungsstelle ins Schauspielhaus ein.

8

Wünsche und Anregungen

Entfällt.

St. Gerta Siller
Vorsitzende

Anke Vaupel
Schriftführerin